

**Postulat Fraktion SVPplus (Peter Bühler, SVP): Ärgeris unnötige Bussen an Parkkartenbesitzer – die Lösung wäre so einfach!**

Immer wieder erhalten in der Stadt Bern Besitzer von Parkkarten Bussen, weil angeblich die Karte so platziert sei, dass sie nicht lesbar ist. Wenn man sich die Sache genauer ansieht, stellt man schnell fest, dass nicht zu Unrecht von Willkür die Rede ist. Die Parkkarten werden aus einem Winkel betrachtet und wenn aus dieser Sicht nicht alles lesbar ist, wird die Halterin oder der Halter des Fahrzeuges gebüsst. Würden die kontrollierenden Personen nur einen Schritt nach links oder rechts machen und sich ein bisschen bemühen, wären die fehlenden Daten problemlos sichtbar. Das dies nicht gerade die Freude der Parkkartenbesitzer hebt ist verständlich. Muss man doch für eine Parkkarte zwischen 240 bis 600 Franken bezahlen! Wer nun erwartet, dass die Kantonspolizei und ihr Verkehrsdienst dafür verantwortlich seien, irrt sich gewaltig! Private Sicherheitsfirmen haben den Auftrag erhalten, sich um die angeblichen „Parksünder“ zu kümmern. Wer nun glaubt, man könne mit einem Anruf das Ärgeris beheben und die Busse werde zurückgezogen irrt sich gewaltig. Freundlich wird erklärt, man sei zu Zweit unterwegs gewesen und die zweite Person könne bestätigen, dass die Parkkarte nicht vorschriftsmässig sichtbar gewesen sei. Es steht Aussage gegen Aussage und der Parkkartenbesitzer zieht immer den Kürzeren. Es sind Fälle bekannt, die seit vielen Jahren eine solche Karte besitzen, immer am gleichen Ort platziert haben und bisher nie eine Busse erhalten haben. Auf einmal finden diese Fahrzeughalter Bussen – direkt neben der Parkkarte. Die Parkkarten sind nummeriert und es liesse sich problemlos feststellen, ob diese gültig sind. Aus Kostengründen wird in der Stadt Bern darauf verzichtet. In anderen Städten sind die Kontrollorgane bereits mit Datenübermittlungsgeräten ausgerüstet, die innert Sekunden feststellen, ob eine Parkkarte gültig ist oder nicht. Man könnte sich viel Ärger auf beiden Seiten sparen. Darum wird der Gemeinderat aufgefordert, den Einsatz solcher Datenübermittlungsgeräte in der Stadt Bern zu prüfen und – nötigenfalls eine Alternativlösung zu suchen. Gleichzeitig wird der Gemeinderat aufgefordert, beim Kanton vorstellig zu werden und mit der Kantonalen Regierung eine Lösung zu erarbeiten.

Bern, 22. Oktober 2009

*Postulat Fraktion SVPplus (Peter Bühler, SVP), Robert Meyer, Peter Wasserfallen, Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Jimy Hofer, Erich J. Hess*

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 28. April 2010

Der Gemeinderat